

Abfall-Studie für den Papierkorb

ENTSORGUNG. Mit einem neuen Papier macht das Zürcher Abfallamt Druck auf Kehrichtverbrennungsanlagen. Experten halten nichts von der Studie.

Im Kanton Zürich streitet man sich seit Jahren darüber, wie man Metalle aus Abfall rückgewinnt. Nun geht der Konflikt in eine neue Runde. Kritiker werfen dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich (Awel) Parteilichkeit vor. Es verbreite «alternative Fakten». Der Hintergrund: Mit einer neuen Studie wollte das Awel beweisen, dass sich mit dem sogenannten Trockenverfahren mehr Metall aus Verbrennungsrückständen zurückgewinnen lässt. Man könne damit deutlich mehr CO₂ sparen als mit dem Nassverfahren. Diese Aussage wiederholte der Regierungsrat auch im Kantonsrat.

Der unabhängige Abfallspezialist Martin Schaub hat die Studie geprüft und nachgerechnet. Sein Urteil fällt vernichtend aus. Sämtliche Behauptungen seien reine «Fiktion», schreibt er in seiner Analyse. «Insgesamt muss die Studie als extrem unwissenschaftlich qualifiziert werden.» Sie scheine «politisch statt technisch gesteuert». Auch andere Experten halten das Papier für wenig seriös.

Mit der Studie sollten die Verantwortlichen der Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) in Dietikon und Winter-



Die ZAV-Recycling in Hinwil: Neue Kunden sollen den Betrieb rentabel machen.

thur überzeugt werden, ihre Öfen für Dutzende Millionen von Franken umzustellen. Sie weigern sich aber, das einzig von der ZAV Recycling in Hinwil verwendete Verfahren einzuführen. Diese Firma, die im Besitz der öffentlichen Hand ist, schreibt rote Zahlen. Um Gewinn zu erzielen, braucht sie neue Kunden.

Nachweise fehlen. Die Kantonsvertreter behaupten seit Jahren, das Hinwiler Verfahren sei ökologisch besser als das Nassverfahren der privaten Konkurrenten. Tatsache ist: Es gibt keinen wissenschaftlichen Vergleich, in dem das

Verfahren besser abschneidet. Die einzige Vergleichsstudie scheiterte an Einwänden des Awel. Sicher ist bis heute nur, dass das Trockenverfahren deutlich teurer ist.

Auch in Winterthur hält man wenig von den Aussagen des Kantons. «Uns fehlen belastbare wissenschaftliche Nachweise, dass der Trockenaustrag ökologische Vorteile gegenüber dem Nassaustrag bietet», sagt Stadtrat Stefan Fritschi. Die Kosten eines KVA-Umbaus seien «nicht vertretbar». Die Winterthurer wollen – wie die Dietiker – beim Nassverfahren bleiben. Der Konflikt schwelt weiter. **DANIEL BÜTLER**

Seco verhindert Transparenz

CORONA-KREDITE. Schweizer Banken haben Corona-Kredite in der Höhe von rund 17 Milliarden Franken ausbezahlt. Für diese bürgt der Bund fast vollumfänglich. «Bei solch gigantischen Summen an Steuergeldern muss die Öffentlichkeit erfahren, ob das Geld auch in Branchen fließt, die klimaschädlich sind», sagt Florian Kasser von Greenpeace. Deshalb reichte die Umweltschutzorganisation beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ein Gesuch ein. Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, verlangte sie Ein-

sicht in die Daten der Corona-Kredite.

Seco überzeugt nicht. Das Seco verwehrt Greenpeace jedoch den Zugang. Es sei nicht im Besitz der Daten. Diese befänden sich im IT-System der Bürgschaftsorganisationen, die die Corona-Kredite verwalten. Diese seien jedoch privatrechtlich organisiert und unterständen deshalb nicht dem Öffentlichkeitsgesetz. Daraufhin wandte sich Greenpeace an den Bundes-Öffentlichkeitsbeauftragten Adrian Lobsiger. Dieser befand: Die

Argumentation des Seco sei «nicht überzeugend», Greenpeace solle die Daten «in pseudoanonymisierter Form» erhalten. Das Seco war damit «nicht einverstanden», räumte aber ein, dass es mittlerweile die Daten habe. Im Rahmen der Missbrauchsbekämpfung bei Krediten seien sie der Finanzkontrolle zur Verfügung gestellt worden und damit auch dem Seco. Das Greenpeace-Gesuch verletze aber das Bankgeheimnis. «Mit fadenscheinigen Argumenten ignoriert das Seco die

Empfehlung des Öffentlichkeitsbeauftragten», sagt Kasser von Greenpeace.

Geheimniskrämerei. Kritik übt auch Martin Stoll, Geschäftsführer von Öffentlichkeitsgesetz.ch. «Obwohl ein Zugang zu den Daten möglich wäre, ohne die Rechte der Betroffenen zu verletzen, verweigert das Amt den Zugang. Solche Geheimniskrämerei ist deplatziert.» Der Verwaltung müsse bewusst sein, dass das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung der Corona-Krise gross ist. **LUKAS LIPPERT**